



Niederschrift

über die 23. Sitzung
des Schulausschusses der Stadt Lippstadt
am 30.03.2004

Sitzungsraum:	Sitzungsraum E.08, Ostwall 1
Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	19:45 Uhr

Anwesend waren:

CDU-Fraktion

- | | |
|-----------------------|-----------------------|
| 1 Hans Werner Thomann | Ausschussvorsitzender |
| 2 Wilhelm Börskens | |
| 3 Wilhelm Gösling | |
| 4 Werner Jungmann | |
| 5 Klaus Laufkötter | |
| 6 Heinrich Linnebur | |

SPD-Fraktion

- | | |
|----------------------|---------------------------------------|
| 7 Sabine Pfeffer | stellvertretende Ausschussvorsitzende |
| 8 Otto Brand | |
| 9 Christian Nernheim | |
| 10 Margit Tonhäuser | |

FDP-Fraktion

- | | |
|-------------------|--|
| 11 Barbara Lüning | |
|-------------------|--|

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

- | | |
|------------------|--|
| 12 Gisela Pollok | |
|------------------|--|

BG-Fraktion

- | | |
|------------------|--|
| 13 Detlef Cramer | |
|------------------|--|

Parteilos

- | | |
|----------------------------|---|
| 14 Drago Lovric | Vertreter der ausländischen Einwohner |
| 15 Lindtraut Belthle-Drury | Vertreterin der Evangelischen Kirchengemeinde |

Seitens der Verwaltung:

- | | |
|--------------------|--------------------------------------|
| Franz-Ulrich Lücke | I. Beigeordneter und Schuldezernent |
| Franz Josef Brenke | Fachbereich Schule, Kultur und Sport |
| Uwe Thiesmann | Fachdienst Schule und Sport |

In öffentlicher Sitzung

1. Fragestunde für Einwohner

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

2. Entwurf des Haushaltsplanes 2004 und Haushaltskonsolidierungsprogramm 2004 - 2007;

h i e r : Einzelplan 2 - Schulen

Vorlage Nr. 60/2004

Herr Brenke beantwortete die aus dem Gremium gestellten Fragen zu einzelnen Haushaltspositionen.

Zum Haushaltskonsolidierungsprogramm bestand nachfolgender Diskussionsbedarf:

Personalkosten für Integrationsklassen (Maßnahmen-Nr. 1 und 4)

Herr Brenke erörterte, dass verschiedentliche Gespräche mit den beteiligten Eltern und Schulen stattgefunden hätten. Hieraus seien insbesondere in der letzten Besprechung von den Eltern dem Schulträger Vorschläge zur Kostenreduzierung vorgeschlagen worden, die derzeit noch genau analysiert werden müssten. Das von den Eltern vorgeschlagene Konzept sehe vor, dass seitens der Stadt ein Zivildienstleistender angestellt wird, was zu einer Reduzierung der Aufwendungen führen würde. Hierbei sei jedoch nicht der Vertretungsfall im Falle von Krankheiten oder sonstigen Ausfällen des Zivildienstleistenden geregelt. Dies müsse vor Beginn des nächsten Schuljahres zwingend verbindlich geregelt werden, damit die Unterstützung der Kinder auch kontinuierlich gewährleistet werden kann.

Ziel des Schulträgers sei es zu einer Kostenreduzierung im Bereich der Personalkosten für die Integrationshelfer zu gelangen, ohne dass seitens der Eltern ein eigener finanzieller Beitrag geleistet werden müsse.

Auf Vorschlag von Herrn Thomann wurde die Sitzung unterbrochen und es wurde dem Sprecher der betroffenen Eltern, Herrn Hüppmeier, Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Er betonte, dass eine finanzielle Eigenbeteiligung der Eltern verhindert werden müsse, da die Aufnahme eines Kindes nicht von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten abhängig gemacht werden dürfe. Zum vorher von Herrn Brenke aufgeworfenen Problem der Krankheitsvertretung des Integrationshelfers, sei es aus seiner Sicht möglich, eine Regelung herbeizuführen, in der sich auch die Eltern selbst mit einbringen könnten, um die Vertretung, zumindest für einen begrenzten Zeitraum, selbst zu übernehmen.

Frau Soltau als Sonderschullehrerin der Grundschule Im Kleefeld unterstrich nochmals die Notwendigkeit der Integrationshelfer und bat darum, die zum Fortbestand der Maßnahme erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Nach Wiedereinstieg in die Tagesordnung sprachen sich Frau Lüning, Frau Pfeffer und Frau Pollok im Namen ihrer Fraktionen dafür aus, den Konsolidierungsvorschlag nicht umzusetzen. Herr Linnebur schlug vor, nach den noch anstehenden Abstimmungsgesprächen, aber noch vor den Haushaltsplanberatungen, den Fraktionen den zum Fortbestand der Maßnahme erforderlichen Finanzbedarf mitzuteilen. Auf dieser Grundlage solle dann beschlossen werden. Dem schloss sich der Schulausschuss mehrheitlich an.

Kosten der Schülerbeförderung - Niels-Stensen-Schule Bad Waldliesborn (Maßnahmen-Nr. 2)

Herr Thiesmann erläuterte den Sachverhalt und verwies darauf, dass die infrage stehende Taxibeförderung für die Niels-Stensen-Schule aus dem Stadtteil Bad Waldliesborn im Winterhalbjahr im Vergleich zu anderen Grundschulen als besondere Regelung anzusehen sei. In vergleichbaren Fällen, müssten die Eltern entsprechend der gesetzlichen Regelung selbst dafür Sorge tragen, dass ihr Kind am Unterricht regelmäßig teilnimmt. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, dass der Stadt keine Beförderungspflicht für die Schulkinder obliege. Insoweit diene der Vorschlag der Verwaltung zur Gleichbehandlung aller Grundschüler.

Er machte deutlich, dass in Abstimmung mit der Polizeibehörde im Rahmen einer Ortsbesichtigung kurzfristig erste Maßnahmen ergriffen wurden, um den Schulweg sicherer zu gestalten. Der Schulweg aus dem Bereich des Baugebietes Tilsiter Straße/Marienschulweg sei auch nach nochmaliger Überprüfung durch die Polizeibehörde nicht als besonders gefährlich im Sinne der Schülerfahrkostenverordnung hinzuweisen. Sollte sich der Schulweg in Einzelfällen als ungeeignet erweisen, so würde entsprechend den gesetzlichen Regelungen auch für diese Kinder, gegebenenfalls auch nur für gewisse Zeiten (*morgens in der Dunkelheit*) eine Wegstreckenentschädigung übernommen.

Sowohl Herr Brenke als auch Herr Thiesmann nahmen Stellung zu den seitens der Ausschussmitglieder aufgeworfenen Nachfragen und Anmerkungen.

Im Rahmen einer Sitzungsunterbrechung wurde den anwesenden Eltern Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Auf Vorschlag von Herrn Brand soll die Verkehrskommission die Schulwegsituation im Stadtteil Bad Waldliesborn kurzfristig beraten. Über den Haushaltskonsolidierungsvorschlag soll im Rat entschieden werden.

Kosten der Schülerbeförderung – Anwendung des „Gütersloher Modells“ (Maßnahmen-Nr. 3)

Herr Lücke und Herr Brenke erläuterten den Vorschlag der Verwaltung und berichteten von den bisherigen Erfahrungen der Stadt Gütersloh.

Auf Nachfrage von Frau Pollok erklärte Herr Brenke, dass es durch das Angebot des Schulträgers, anstatt der Schulwegjahreskarte eine Wegstreckenentschädigung zu zahlen, zwar bei den Verkehrsträgern zu Verlusten komme, jedoch der von der Stadt Lippstadt aufzubringende Verlustausgleich im Vergleich zu den Gesamteinsparungen als nachrangig zu betrachten sei. Es bleibe letztlich, soweit das Angebot von den Schülerinnen und Schülern auch angenommen würde, für die Stadt insgesamt ein erheblicher Sparbeitrag.

3. Verschiedenes

Herr Linnebur bat darum, dem Schulausschuss in der nächsten Sitzung des Schulausschusses Einzelheiten über die am Ostendorf-Gymnasium geplante Kanuleistungsstrecke zu informieren. Insbesondere erwarte er dabei eine Aussage, wie sich die geplante Maßnahme auf die Schulhofsituation am städt. Gymnasium auswirken.

Laut Herr Brenke sei beabsichtigt, dass seitens der Sportverwaltung mit der Schule kurzfristig Kontakt aufgenommen werden soll, um die Angelegenheit zu besprechen und nach Möglichkeiten zu suchen, die Schule in die Planungen mit einzubeziehen. Bevor dies geschehen könne, müssten jedoch dem Fachdienst Schule und Sport die seitens des Staatlichen Umweltamtes erstellten Planungen im Detail vorliegen.

Vorsitzender

Schriftführer

Anlage zur Niederschrift

zu P. 2 ' Entwurf des Haushaltsplanes 2004 und Haushaltskonsolidierungsprogramm 2004 - 2007;

h i e r : Personalkosten für Integrationsklassen

Sachstandsbericht:

Der sonderpädagogische Unterricht für behinderte Kinder und Jugendliche an allgemeinen Schulen (Grundschule Im Kleefeld in Dedinghausen und Stadtwaldschule) soll auch im Schuljahr 2004/05 fortgeführt werden.

Aufgrund schulorganisatorischer Änderungen (Einführung der Offenen Ganztagschule bei der Grundschule Im Kleefeld) und den Vorgaben des Haushaltssicherungsprogramms ist folgendes vorgesehen:

1. Die Stadt Lippstadt als Schulträger beantragt beim Bundesamt für Zivildienst die Anerkennung als Beschäftigungsstelle des Zivildienstes. Ziel ist es, sowohl an der Grundschule Im Kleefeld als auch an der Stadtwaldschule je einen Zivildienstleistenden als Vollzeitleistung einzusetzen.

2. Im Haushaltsplan-Entwurf 2004 sind an Haushaltsmitteln eingeplant:

1.210.4162/6	GS Im Kleefeld	6.000,-- €
1.215.4162/9	Stadtwaldschule	6.000,-- €

Die über den jeweiligen Haushaltsansatz hinaus erforderlichen Mittel werden aus Spendengeldern bereitgestellt.

3. Zu gegebener Zeit wird erneut berichtet